

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Ameise“ beträgt für In- u. Auslands-
bezieher 1 Goldmark monatlich.
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Brahestr. 2-5.
• Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 8849. •

Immer strebe zum Ganzen und laßst Du selber dein Ganzes werden
***** Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an *****

Inserate: Die 6 Spalt, Petitzeile wird mit 0,20 Goldmark für
Geschäfts- und mit 0,10 Goldmark für Arbeitsmarktanzeigen
berechnet. Für arbeitssuchende Mitgl. ist der Arbeitsmarkt frei.
Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Gauleiter für den Bezirk Oberfranken-Oberpfalz (Stk. Marktreidwig) gesucht.

Werber müssen mindestens 5 Jahre Mitglied des Ver-
bandes, gute Redner, in Wort und Schrift zu jeglicher Korre-
spondenz befähigt und in allen Organisationsfragen bewandert
sein. Es bleibt den Werbern überlassen, in welcher Form sie
ihre Befähigung für solchen Posten darzulegen wollen, nur muß das
handschriftlich und in durchaus eigener Arbeit geschehen.

Werber müssen schreiben an den Vorstandsvorsitzenden
Georg Wollmann gerichtet werden und spätestens am 16. Mai
in dessen Händen sein.

Das Anfangsgehalt beträgt zur Zeit einschließlich Woh-
nungsgeldzuschuß 250 Mk. monatlich, das Höchstgehalt, das in
vier jährlichen Steigerungen erreicht wird, 300 Mk. monatlich.
Der Vorstandsvorsitz.

Das Steuerjahr 1924.

Das Reichsfinanzministerium hat soeben die Ergebnisse
des Steuerjahres 1924/25 veröffentlicht. Da in diesem
Steuerjahr zum ersten Male seit dem Kriege der Kurswert
der Mark gleichgeblieben ist, gibt es wieder einen brauchbaren
Maßstab für die Steuerleistung der deutschen Bevölkerung
und der deutschen Wirtschaft und vor allem eine Vergleichs-
möglichkeit mit den Steuerverhältnissen und Steuerleistungen
vor dem Kriege.

Die vom Finanzministerium veröffentlichten Ergebnisse
ergeben, in Millionen Reichsmark und verglichen mit dem
Jahre 1913/14, für die Haupteinnahmen folgenden Bild:

	1913/14	1924/25	Voranschlag 1924/25
Direkte Steuern	61,08	8040,46	1894
Verkehrssteuern	254,65	2020,17	2214
Zölle	670,82	358,80	160
Verbrauchssteuern und Mo- nopoleinnahmen	668,03	1100,27	989,7
Sonstige Einnahmen	308,28	86,40	86
Gesamteinnahmen 1924/25	7314,75	5943,7	

Unsere Aufstellung zeigt vor allen Dingen, daß die
Steuerleistung gegenüber dem Frieden in weitestem Maße
angepaßt worden ist. Weiter geht aus ihr hervor, daß
der Voranschlag für das Jahr 1923/24 um rund 3000 Mil-
lionen übertroffen wurde. Es sind damit rund 40 Proz.
mehr an Steuern und Abgaben eingenommen, als man er-
wartet hatte.

Die Steuerleistung ist durchweg auf die Erträge
der Umsatzsteuer und der Lohnabzugssteuer zurückzuführen.
Die Mehrerträge der Umsatzsteuer fallen ganz besonders
ins Gewicht und ein Beispiel dafür, in welchem Maße die
Produktion durch diese wirtschaftsfeindlichen Steuern ge-
hemmt wird. Eine Umsatzsteuer war in Deutschland vor
dem Kriege so gut wie gar nicht bekannt. Die Stempel-
abgabe auf Käufer und Verkäufer, die vielleicht als Vor-
läuferin der gegenwärtigen Umsatzsteuer anzusehen ist, er-
brachte im Steuerjahr 1913/14 noch nicht ganz 20 Millionen
Mark. Die Einnahmen der allgemeinen und erhöhten Um-
satzsteuer machen aber für das Steuerjahr 1923/24 rund
1914 Millionen Reichsmark aus. Der Voranschlag hatte
nur 1440 Millionen vorgesehen. Es ergibt sich also ein
Mehrertrag von rund 475 Millionen. Dieser Mehrertrag
ist ein zweifelhafter Segen, da er sich in der Wirtschaft als
Krisenursache ersten Ranges ausgewirkt hat und vielleicht
entsprechende Summen für Unterhaltung von Arbeitslosen
und zur Durchführung von Maßnahmen zur Belebung der
Wirtschaft notwendig machte. Ebenso liegen die Dinge bei
der Einkommensteuer. Die Einkommensteuer beträgt für
das Steuerjahr 1924/25 rund 2210,61 Millionen Reichs-
mark. Der Voranschlag sah nur 1344 Millionen vor. Der
Mehrertrag beläuft sich also auf rund 865 Millionen. Die
Erträge der Einkommensteuer machen überhaupt neben
der schon bereits erwähnten Umsatzsteuer prozentual den
größten Teil der Gesamteinnahmen aus. Die Einkommen-
steuer wird aber in erster Linie durch den sogenannten Lohn-
abzug aufgebracht. Das Reichsfinanzministerium gibt dar-
über keine detaillierte Darstellung. Es ist aber anzunehmen,
daß der Mehrertrag aus der Einkommensteuer durchweg auf
die Lohnabzugssteuer zurückzuführen ist. Die Wirkungen auf
die Wirtschaft dürften ungefähr dieselben sein, wie bei der
Umsatzsteuer, denn beide Steuerarten ruhen auf dem unver-
nünftigen Prinzip einer Besteuerung des Verbrauchs. Bei
der Umsatzsteuer wird der Verbrauch direkt betroffen, wäh-
rend der Lohnabzug eine Einschränkung des Verbrauchs be-

dingt und so reine Verbrauchssteuer wird. Wenn das
Reichsfinanzministerium die Verbrauchssteuern usw. für das
Jahr 1923/24 also mit 1190 Millionen wiedergibt, werden
die Dinge gar nicht richtig gekennzeichnet. Würde das Fi-
nanzministerium die Umsatzsteuer, die unter den Verbrauchssteuern auf-
geführt wird, und den Lohnabzug, dem Charakter der beiden
Steuerarten gemäß, richtig unter den Verbrauchssteuern
aufzuführen, so würde sich die erschütternde Tatsache ergeben,
daß die übergroße Steuerlast von den breiten Bevölkerungsschichten
getragen werden muß. Demgegenüber erbrachte
z. B. die Vermögenssteuer nur 499 Millionen gegen 376
Millionen im Voranschlag, die Körperschaftsteuer nur 313,82
Millionen gegen 144 Millionen und die Erbschaftsteuer nur
25,98 Millionen gegen 30 Millionen im Voranschlag.

Diese Zahlen sind eine furchtbare Inflation gegen unser
gegenwärtiges wirtschaftsfeindliches Steuersystem. Vor
allem wird die Bevölkerung angesichts dieser Zahlen niemals
den Plan der gegenwärtigen Regierung, die Massensteuern
weiter zu verschärfen, billigen können, und mit allen Mitteln
eine Milderung dieser Steuern durchsetzen. In erster Linie
kommt eine Herabsetzung der Lohnabzugs- und Umsatzsteuer
in Frage, weiter eine Ermäßigung der Verbrauchssteuern
und eine Abwehr gegen die Milderung der Körperschafts-
steuer, die eine Neubelastung der öffentlichen Betriebe (Ver-
teuerung von Gas, Elektrizität, Wasser usw.) vorsteht.

Die reinen Verbrauchssteuern ergaben, in Millionen
Reichsmark und mit dem Jahre 1913/14 verglichen, folgende
Ergebnisse:

	1913/14	1923/24	Voranschlag 1924/25
Zölle	670,82	598,89	160
Tabaksteuer	54,11	513,11	860
Biersteuer	180,01	195,08	126
Brauwassermonopol	193,78	141,49	140
Weinsteuer	9,51	93,92	48
Zuckersteuer	173,75	217,55	231

Der Rückgang der Einnahmen aus den Zöllen beruht
auf dem Niedergang des deutschen Außenhandels und den
deutschen Einfuhrverboten, die bis in das Jahr 1924 hinein
in Kraft waren und noch in Kraft sind. Die Mindererträge
werden in dem Moment verschwinden, wo der Handel
über die Grenze wieder normal wird, die Absichten, die Zoll-
erträge durch neue Finanzzölle zu steigern, haben keine
Berechtigung. Dasselbe gilt auch für die Pläne, gewisse
Verbrauchssteuern — in Frage kommt eine Erhöhung der
Steuer für Tabak und für Bier — zur Erzielung höherer
Einnahmen zu erhöhen. Wenn man sich die Ergebnisse der
Verbrauchssteuern betrachtet, sind Mehreinnahmen über den
Friedensbetrag und über den Voranschlag für das Jahr
1924/25 festzustellen, obwohl in den von den Verbrauchs-
steuern betroffenen Waren der Umsatz und Absatz bei weitem
noch nicht so groß ist, wie vor dem Kriege. Das gilt be-
sonders für das Bier und den Tabak. Die geplante weitere
Verschärfung der Steuer muß hier zu einem Niedergang des
Konsums und zu einer weiteren Drosselung der betroffenen
Fabrikationszweige und damit auch zu einer Drosselung der
Reichseinnahmen führen.

Wir haben einmal gelegentlich der Besprechung der ge-
planten Steuerreform der Regierung, die eine weitere Ver-
schärfung der Verbrauchssteuern, aber keine Milderung des
Lohnabzugs und der Umsatzsteuer vorsteht, das ganze Pro-
jekt sowie das gegenwärtige Steuerregime ein Verbrechen
am Volke und an der Wirtschaft genannt. Der Steuer-
abschluß 1924/25 bestätigt diese Meinung auf der ganzen
Linie. Deshalb verlangen wir, im Interesse der Nation
und im Interesse der Wirtschaft, eine Steuerreform, die die
Massen entlastet und wieder Bewegung in den Güterverkehr
bringt. Eine Steuerreform, die die Interessen der Wirt-
schaft im Auge hat, muß die übergroße Steuerlast von den
schwachen Schultern der Verbraucher nehmen und sie dem
Besitz aufbürden, der durchaus in der Lage ist, mehr zu
steuern und zu zinsen als bisher. Das ist eine Forderung,
für die wir auch an unserem großen Demonstrationstag, dem
1. Mai, einzutreten haben: Gerechte Lastenverteilung, ge-
rechte Steuern, Ueberwindung der Krise und Förderung der
Wirtschaft!

Steuerüberwälzung und Sozialpolitik.

Ein verarmtes Volk kann sich keine ausgebreitete Sozial-
politik leisten. So lesen wir immer in der Unternehmerpresse,
so hören wir immer wieder in den Reihen der Großunternehmer.
Wir kämpfen gegen diese Behauptung mit dem Hinweis auf die
Menschenökonomie, auf die Notwendigkeit der Schonung
und Erhaltung des teuersten Gutes, der menschlichen Arbeits-
kraft. Wir führen den Beweis, daß je verarmter ein Volk ist
und je mehr deshalb seine Lebenshaltung, insbesondere seine
Ernährung, gesunken ist, es um so mehr not tut, die Fin-

buße an Arbeitskraft, an körperlicher und seelischer Widerstands-
fähigkeit durch Sozialpolitik auszugleichen.

Der „Wirtschaft“ kann man nicht die hohen sozial-
politischen Lasten zumuten, heißt es in dem auf die sozial-
politischen Ausgaben, die nicht durch den Staat selbst, sondern
durch die beteiligten Unternehmer und Arbeitnehmer aufgebracht
werden. In Wirklichkeit handelt es sich aber bei diesen Lasten
in erster Linie um Ausgaben, die die Arbeitnehmer unmittelbar,
beziehungsweise durch die Vermittlung der Unternehmer aus
ihren Löhnen oder Gehältern an die sozialpolitischen Einrich-
tungen (Krankenkassen usw.) abführen. Der Teil dieser Ab-
gaben, der von den Unternehmern selbst getragen wird, kann
aber ebenfalls füglich als ein Lohnabzug angesehen werden —
bei der Festlegung der Löhne und Gehälter trägt der Unter-
nehmer diesen Kosten bereits Rechnung.

Es wird behauptet, daß die Konkurrenzfähigkeit
mit anderen Ländern, wo die Sozialpolitik rückständig ist, bei
hohen sozialpolitischen Lasten des Inlandes gefährdet wird. Wir
müssen in der Tat bestrebt sein, dahin zu wirken, daß auch die
übrigen Länder sozialpolitisch nicht zurückbleiben, sowohl des-
halb, weil wir die Verbesserung des Schicksals unserer Arbeits-
brüder im Ausland wünschen, als auch deshalb, weil wir selbst
unter der Ausbeutung ausländischer Arbeitskraft leiden müssen.
Es sind bereits sehr beachtenswerte Ansätze hierfür vorhanden
— sozialpolitische Maßnahmen Österreichs und Englands sollen
unter anderem diesem Zweck dienen. Indessen dürfen wir das
Argument mit der Konkurrenzfähigkeit nicht allzu tragisch neh-
men. Die Gesundheit der Arbeitnehmer ist die beste Anlage,
die schließlich auch zur Verbilligung der Produktion führen
muß. Mit Recht können wir zur Hebung der Konkurrenzfähig-
keit eine andere Kreditpolitik, geringere Unternehmergewinne,
bessere Produktionsmethoden verlangen, die alle wirksamer sind
als die Drosselung der Sozialpolitik.

Nun aber das Argument mit den Steuern. Mit diesem
möchten wir uns jetzt befassen. Ein großer Teil der sozial-
politischen Ausgaben wird aus Steuern bestritten. Die Un-
ternehmer behaupten aber, daß sie steuerlich überlastet sind und
zu ihrer Entlastung die Einschränkung der Sozialpolitik
nötig sei.

Wer trägt aber die Steuern? Wir müssen
dreierlei Arten der Steuern unterscheiden.

Bei einem Teil der Steuern ist es offensichtlich, daß sie
von den breiten Massen getragen werden, das heißt, es müssen
diese Massen, indem sie einen großen Teil ihres Einkommens
an die Staatskasse abführen, ihren Verbrauch einschränken. In
diese Gruppe gehören sämtliche Verbrauchssteuern und Zölle,
aber auch die Umsatz- und Verkehrssteuern und natürlich auch
die Lohnsteuer. Daß diese Steuern von den Unternehmern be-
zahlt werden, ändert nichts an der Sachlage, da sie ganz offen-
kundig in die Warenpreise einkalkuliert werden. Es ist aber
bekannt, daß der größte Teil der Staatseinnahmen aus diesen
Steuern aufgebracht wird.

In der zweiten Gruppe möchten wir die Steuern erwähnen,
deren Ueberwälzung auf die Verbraucher ohne Zweifel feststeht,
ohne daß diese Ueberwälzung so offensichtlich ins Auge springen
würde, wie dies bei den oben erwähnten Steuern der Fall ist.
So konnte z. B. Professor Bonn kürzlich in einem Vortrag
den Beweis führen, daß sämtliche Reparationslasten
von den Verbrauchern getragen werden. Die Reichsbahn muß
mit einem großen Betrag zur Zahlung der Reparationslasten
herhalten; sowohl ihre Gewinne, wie die von ihr erhobenen
Verkehrssteuern müssen hierfür verwendet werden. Indessen
kommen diese Summen in den Warenpreisen unfehlbar zum
Ausdruck. Jeder Verkäufer wird bei den Verkaufspreisen die
Frachtkosten berücksichtigen. Aber auch die Lasten aus den
Industrieobligationen, den jährlichen Reparationssummen, die
von der Industrie gezahlt werden, können, worauf Professor
Bonn hinweist, vollkommen überwälzt werden; auch diese wer-
den schließlich von den Verbrauchern getragen. Wir können
aber auch von einer sehr wichtigen Steuerart, von der Ein-
kommensteuer, mit Recht behaupten, daß diese auf die
Verbraucher überwälzt wird, ganz sicher dann, wenn besondere
Maßnahmen beziehungsweise sehr radikale Vorschriften nicht
für das Gegenteil wirken.

Die dritte Gruppe enthält die Steuern, deren Ueberwälzung
auf die Verbraucher für unser Urteil zweifelhaft ist, beziehungs-
weise wo die Möglichkeit besteht, daß diese nicht oder nur zum
kleineren Teil überwälzt werden können. In dieser Gruppe
pflegen wir Steuern wie Vermögens-, Erbschafts-, Grund-
renten-, Vermögenszuwachssteuer, außerdem besonders Einkom-
mensteuer auf hohe Einkommen, Anlagengewinn- und Spekula-
tionssteuern und ähnliche zu erwähnen.

Wenn wir den Kampf für die gerechte Lastenverteilung
führen, so fordern wir, daß die Steuern, die in die dritte Gruppe
fallen, erhöht, die unmittelbaren Verbrauchssteuern und die
offenkundig überwälzbaren Steuern aber herabgesetzt werden
sollen. Gegenwärtig wird bekanntlich nur ein verschwindend
geringer Teil der Staatsausgaben aus solchen Steuern be-
stritten.

Nun sagen uns aber ernste Finanzwissenschaftler: Unser
Kampf um die Lastenverteilung ist müßig. Umsonst werdet ihr
statt Verbrauchssteuern andere erheben, welche den Besitz
belasten sollen. Alle Steuern, selbst solche, von denen man
das Gegenteil annimmt, wie Vermögens- und Grundrenten-
steuern usw., können auf den letzten Verbraucher überwälzt wer-
den. Die Steuern sind Kostenelemente der Produktion, und
es ist unmöglich, die Verbraucher davor zu schützen, daß sie
sämtliche Steuern allein tragen sollen. Ihr Schutz kann
allein in der Sozialpolitik bestehen, die ihnen zum Teil
wieder gibt, was die Steuern von ihnen genommen haben.
(Dieser Gedankengang wird uns unter anderem in einem steuer-
politischen Aufsatz in „Schmollers Jahrbuch für National-
ökonomie“ mitgeteilt.)

Wir können uns nicht der Meinung anschließen, daß säm-
tliche Steuern auf die Verbraucher überwälzbar sind und
müssen deshalb den Kampf um die Lastenverteilung weiter-
führen. Soviel aber ist ohne Zweifel zuzugeden, daß die
Steuern in sehr hohem Maße auf die letzten Verbraucher über-
wälzbar sind, und daß ein erheblicher Teil, auch der Steuern,

die wir oben in die dritte Gruppe einreihen, schließlich vom Verbraucher getragen wird.

Unter solchen Umständen aber, wo der größte Teil der Steuern offensichtlich, ein erheblicher Teil der übrigen Steuern, selbst die auf Besitz und Vermögen, mit der größten Wahrscheinlichkeit vom Verbraucher getragen wird, ist die Forderung der energischen Sozialpolitik steuerpolitisch vollkommen gerechtfertigt. Es ist nicht so, wie die Unternehmer behaupten, daß sie keine Steuern für sozialpolitische Zwecke zu leisten vermögen, sondern umgekehrt: fast sämtliche Steuern werden von den breiten Massen getragen, und die Sozialpolitik ruht diesen nur einen kleinen Teil dessen zuzurück, was ihnen genommen wurde. Die Verbraucher bezahlen in den Warenpreisen fast sämtliche Steuern, und ihre Entbehrungen werden aus diesem Grunde gesteigert. Die Staatsausgaben für die Sozialpolitik müssen wenigstens zum Teil gutmachen, was die Beschaffung der Staatseinnahmen verschuldet hat.

Trübe Aussichten für den deutschen Fertigwareneport.

Die Handelsbeziehungen Deutschlands zu den wichtigsten Industrieländern erleben die bedenkliche Tatsache, daß sich die Einfuhr dieser Länder nach Deutschland mehr gesteigert hat als umgekehrt. So hat z. B. die Einfuhr Englands, Hollands, Frankreichs und Belgiens nach Deutschland mehr zugenommen als die deutsche Einfuhr nach diesen Staaten. Diese ungleiche Entwicklung wird im allgemeinen dadurch erklärt, daß Deutschland infolge der Inflation gerade im Jahre 1924 außerordentlich stark war, aber auf Grund der Rentenmarktkredite und der weiter erfolgenden Auslandsanleihen in der Lage war, Waren in größerem Umfange bereinzunehmen. Vielfach hat auch der gegenüber den hohen deutschen Preisen billige Auslandspreis die deutsche Einfuhr an Auslandswaren gesteigert.

Damit sind Gründe der ungleichmäßigen Entwicklung in der deutschen Einfuhr und Ausfuhr aufgeführt, die sich bei zunehmender Normalisierung des Wirtschaftslebens ausgleichen lassen dürften. Viel schlimmer scheinen aber andere Ursachen für die ungleichmäßige Entwicklung des deutschen Exportes zu sein, die aus der Veröffentlichung der deutschen Handelskammer in der Schweiz über den deutsch-schweizerischen Handel hervorgehen. Danach hat sich der deutsche Export nach der Schweiz von 417 Millionen Schweizer Franken im Jahre 1923 auf 486 Millionen Schweizer Franken im Jahre 1924 vermehrt. So erfreulich auch diese Steigerung des schweizerischen Exportes, die aber bei weitem nicht an die Steigerung des schweizerischen Exportes nach Deutschland heranreicht, auch ist, so bedenklich ist auch der Umstand, daß die Verdrängung des Exportes durchweg auf die Einfuhr von deutschen Rohstoffen und Betriebsmaterialien zurückzuführen ist, während der deutsche Export von Fertigfabrikaten so gut wie gar keine Erhöhung erfahren hat. Im Laufe des Jahres 1924 hat Deutschland in größerem Maße Zucker, Getreide, Malz, Kartoffeln, Holz nach der Schweiz ausgeführt. Auch die Vorförderung der Schweiz mit Kohlen ist wieder in stärkerem Maße in Fluß gekommen. Dagegen hat aber die französische Güterausfuhr mit ungefähr 64 Millionen Tonnen die deutsche Ausfuhr mit rund 18 Millionen Tonnen stark verdrängt. Nebenbei liegen die Dinge bei den Fertigwaren Deutschlands, deren Export nach der Schweiz gegenüber 1923 von 125 Millionen auf 97 Millionen Schweizer Franken sank.

Überhaupt befindet sich der Export deutscher Fertigwaren in ständiger Bedrohung. Betroffen sind vor allem die Lieferungen deutscher Fahrzeuge und deutscher Fahrräder. Wenn die deutsche Maschinenindustrie nach der Schweiz eine Steigerung aufzuweisen hat, so ist diese durch den vermehrten Kauf der Schweiz von Werkzeugmaschinen, insbesondere von Textilmaschinen, bedingt, den alten Export beständig, daß die Einfuhr von Werkzeugmaschinen den Export von Fertigwaren beschränkt.

Der Rückgang des deutschen Fertigwareneports ist durchaus gerechtfertigt, lebhaftes Bedenken für die Zukunft unserer Fertigwarenindustrie auszulösen.

Kein Steuerabzug für die nach § 87 des BRG zu zahlende Abgangsschädigung.

Von Arbeiterssekretär H. Feldmann, Neubadensleben.

Wird ein Arbeitnehmer gekündigt oder fristlos entlassen, so ist er berechtigt, nach § 84 des Betriebsrätegesetzes gegen diese Kündigungsentscheidung beim Gruppenrat zu erheben. Der Gruppenrat hat den Einspruch zu prüfen, und falls er ihn für begründet erachtet, hat er mit dem Arbeitgeber durch Verhandlungen eine Verständigung anzuversuchen. Gelingt die Verständigung nicht, so ist nach § 86, Abs. 1 des Betriebsrätegesetzes der Schlichtungsausschuss, neuerdings das Arbeitsgericht, zur Entscheidung anzurufen. Nach § 87 des BRG hat das Arbeitsgericht, wenn die Entscheidung dahin geht, daß der Einspruch

Bauernkrieg und Gewerkschaftsbewegung.

Zur 400. Wiederkehr des Tages der Einrichtung des Revolutionären Thomas Münzer am 15. Mai.

In der Mitte des vorigen Jahrhunderts finden wir die Anfänge von dem, was wir heute Gewerkschaftsbewegung nennen, die Anfänge eines bewussten organisatorischen Kampfes des Proletariats um sein Lebensrecht. Aber dieser Anfang trat nicht unmittelbar in die Geschichte. Durch Jahrhunderte zieht sich die proletarische Bewegung, bis sie sich in den Anfängen der Gewerkschaftsbewegung und dann zur Gewerkschaftsbewegung selber herabzieht hat.

Vor einigen Jahren hielt der bekannte Verleger Eugen Diederichs, Jena, vor den Leipziger Buchhändlern eine Rede, in der er unter anderem sagte: „Unsere Zeit, meine Freunde, ist die der Perle. Das, worüber man streiten konnte, ist die Frage: Ist dieser Perle nur eine Folge des Krieges und der Revolution, oder hat er schon früher eingeleitet? Mein Antwort lautet: Er besteht schon seit 400 Jahren und ist durch die letzten Ereignisse bestärkt worden, er entstand durch die Renaissance und begann mit dem Protestantismus.“

Damit wenden sich die ersten Menschen im christlichen Lager von der oberflächlichen Begründung alles Wirklichen durch die Revolution ab und man erkennt auch früher, daß wir in Jahrhunderten zu denken haben. Der wahre Grund der geschichtlichen Bedeutung der wirtschaftlichen Revolutionen, und dann die geschichtliche Bedeutung, die das Proletariat heute zum Annehmen einer neuen geschichtlichen Zeit aus dieser Welt der Herrschaft heraus einnimmt. Wohl haben wir vor vier Jahrhunderten den Anfang der Weltperiode, in der wir leben und die zu vollenden wir beabsichtigen, aber dieser Anfang zeigt nicht in dem Entstehen des Protestantismus als erstes Zeichen eines Herkommens der Welt, sondern in dem ersten Auftreten des Proletariats in der deutschen Geschichte, das damit allerdings ein Herkommen der alten Ordnung bedeutete, aber zum Zwecke einer neuen Einheitskultur durch die proletarische Geschichte der Jahrhunderte.

Denn wir fragen: Was geschah vor vier Jahrhunderten? Dann antwortet die Geschichte: Vor vier Jahrhunderten war die Reformation! Die Tatsache des Eintretens des Prole-

gen die Reformation gerechtfertigt ist, ausreicht für den Fall, daß der Arbeitgeber die Weiterbeschäftigung ablehnt, ihm eine Entschädigungspflicht aufzuerlegen.

Es entsteht nun vielfach Streit darüber: Ist der Arbeitgeber berechtigt oder gar verpflichtet, dem Arbeitnehmer von der auszählenden Entschädigung Steuern abzugeben?

Ebenfalls entsteht vielfach Streit darüber: Wie hoch ist der Steuerabzug, oder welcher Betrag ist steuerfrei?

Die Entschädigungen, welche bisher getroffen wurden, sind sehr verschieden. In erster Linie kommt für die Beurteilung in Frage: Ist die Entschädigung als „Arbeitslohn“ anzusehen oder als Schadenersatz gemäß § 823 des BGB? Handelt es sich um Arbeitslohn im arbeitsrechtlichen Sinne, dann würde der Lohnsteuerabzug in Frage kommen, anderenfalls aber, wenn es sich um einen Schadenersatz für entgangenen Lohn handelt, nicht. Dr. Platonow kommentiert zum Betriebsrätegesetz Seite 231 (Inhaltsverzeichnis) bezieht die Abgangsschädigung unter Bezugnahme auf eine Entscheidung des Reichsfinanzministers vom 29. Dezember 1920. Der Reichsfinanzhof hat am 30. Juni 1923 entschieden, daß die Abgangsschädigung nach § 87 des Betriebsrätegesetzes nicht dem Lohnsteuerabzug unterliegt. Wörtlich heißt es in der Begründung des Reichsfinanzhofes: „Entschädigungen dieser Art müssen nach einem auf der Quellentheorie aufgebauten Einkommensteuergesetz steuerfrei sein.“

Aber auch der Reichsfinanzminister hat seine Ansicht geändert. Durch einen Erlaß vom 30. Oktober 1923, veröffentlicht im Reichssteuerblatt Nr. 28, Seite 381, erklärt sich dieser ausdrücklich damit einverstanden, daß der Steuerabzug von der Abgangsschädigung gemäß § 87 des Betriebsrätegesetzes nicht mehr verlangt wird.

Nach diesem Erlaß des Reichsfinanzministers darf also der Arbeitgeber von der Entschädigung keine Steuern abgeben, sondern muß den vollen, durch Urteil festgestellten Betrag an den Arbeitnehmer auszahlen.

15 Prozent Dividende — aber 500 000 Mark gestundete Steuern.

Die Mal-Roh-Fabrikantenfabrik A.-G. in Berlin weist für das Geschäftsjahr 1924 eine Roheinnahme von 1 075 964 Reichsmark auf. Nach Abdrückungen usw. verbleibt ein Uberschuß von 451 612 Reichsmark. Davon wird eine Dividende von 15 Prozent gezahlt.

Die Dividende des Mal-Roh-Konzerns, der stark mit englischem Kapital arbeiten soll, achert mit an der höchsten Marke, die von deutschen Erwerbsgesellschaften überhaupt für das Jahr 1924 gezahlt worden sind. Die hohe Dividende erhält eine besondere Betonung, wenn der Konzernkonzern in seinem Geschäftsbericht ausführt, daß die Produktion im Jahre 1924 bedeutend eingeschränkt werden mußte. Wir haben hier ein typisches Beispiel für das herrschende Dividendenprinzip in unserer Industrie: eingeschränkter Betrieb, verminderter Umsatz, aber Höchstdividende!

Die Dividende der Mal-Roh A.-G. verdient aber auch wohl das Interesse der Steuerbehörde. Auf der Passivseite der Bilanz finden wir einen Posten von 507 808 Reichsmark. Dieser Posten stellt gestundete Vandalensteuern und gestundete Rölle dar (die Mal-Roh A.-G. ist Großimporteur von palästinensischem Tabak). Diese sehr hohen Steuerstundungen mühen wirklich sehr eigentümlich an, wenn man bedenkt, daß der Konzern für die Ausschüttung seiner 15 Proz. Dividende gerade Summe benötigt, die zur Deckung der Steuerstundung gerade ausreicht hätten.

Im Anschluß an das Gesagte erlauben wir uns eine andere Frage: Im Zigarettenhandel ist es Praxis, daß Großhändler wie auch Detailhändler bei Abnahme der Ware die Rechnung sofort bezahlen. Damit wird ja wohl auch die Auslage des Fabrikanten für Vandalensteuer und Rölle bestritten; wie kommt es nun, daß die Stundungen für Vandalensteuer und Rölle einen solchen Umfang annehmen können, wie bei der Mal-Roh und anderen Gesellschaften?

Völkerverbund und Giftgaskrieg.

Die vom Völkerverbund eingesetzte einstweilige Kommission für Prüfung des Giftgaskrieges hat einen besonderen Ausschuss zur den Wissenschaftlern verschiedener Länder (vertreten sind u. a. Frankreich, Deutschland, Amerika, Dänemark) zusammengesetzt und im Juli 1924 das Ergebnis seiner Beratungen als Völkerverbandsbericht veröffentlicht. Dieser Bericht verdient wegen seiner strengen Sachlichkeit die Beachtung aller Kreise, auch der nicht parteipolitischen. Er enthält eine genaue Beschreibung der Wirkungen der bisher erprobten Giftgase, die er in Reizgase (Tränen- und blutergregende Gase), Erstickungsgase und eigentliche Giftgase einteilt, ferner eine Aufzählung ihrer Wirkungen auf Menschen, Tiere, Pflanzenwelt und Bodenschätze,

tariats in die deutsche Geschichte, das damals stattfand, wird nicht beachtet. Der Bauernkrieg wird nur nebenbei erwähnt. Und doch wäre die ganze Reformation gar nicht möglich gewesen, wenn jene proletarische Bewegung nicht gewesen wäre. Nur deshalb hatte die Reformation ihre ersten Erfolge, weil sie zugleich eine Befreiung von der Ausbeutung durch die alte Kirche bedeutete. Die Scheidung: katholisch und lutherisch bedeutete eine Scheidung: wirtschaftlich konservativ und wirtschaftliche Opposition. Dort katholisch, hier lutherisch heißt: dort Reichsgewalt, geistliche und weltliche Fürsten, der reiche Adel, das städtische Patriziat und hier die Masse des niederen Adels und der Bauern. Und daß diese ganze religiöse Bewegung auf wirtschaftlichen Kräften ruhte und von sozialen Interessen getragen war, zeigt die Tatsache, daß das unterdrückte Proletariat die Bauern und die städtischen Plebejer, von Luther und seiner Lehre nichts wissen wollten, weil sie unfähig waren, in der Reformation zu helfen. Das Proletariat seiner Zeit sah keinen Führer in Thomas Münzer, der sozialer Revolutionär und zugleich, damit zugleich, religiöser Revolutionär war, dem auch die lutherische Welt noch zu eng war und der eine christliche Weltreligion der Einheit und Gleichheit vertat, die nach Münzers Auffassung nur in einer klassenlosen Welt zum Ausdruck kommen konnte.

Münzer hatte von Jugend an am eigenen Leibe den Klassenkampf gespürt, der damals die Welt zu zerreissen begann. Er hatte die Armut und Knechtschaft des bäuerlichen Volkes selber erlebt, während die anderen, ihr Leben ausgebracht mit herrlichem Fressen und Saufen: von Jugend an auf allerhöchsten Erträgen, haben ihr Leben lang keinen bösen Tag gekostet; wollen und geben noch keinen annehmen um der Wahrheit willen, einen Heller an ihren Zinsen nachzulassen, und wollen Richter und Weiskirmer des Glaubens sein. Ach, du arme Christenheit, wie bist du mit deinen Tölpeln also ganz und gar zum Hadesloch worden, bist du doch also recht übel mit ihnen verfahren.“

Und so trat Münzer dem Reformator Luther als Revolutionär gegenüber. So verband er keine religiöse Überzeugung mit der sozialen Tat. Dort Erbauung und Almosen; hier die revolutionäre Gestaltung als religiöses Erlebnis. Dort Rastieren und Heilchen mit der Mächtigen um eine möglichst harmlose und allseitig befriedigende Festlegung des neuen Programms; hier das unbefruchtete, klare und mutige Eintreten

schließlich die bisher vorhandenen Schuttmittel und deren Wirkungsmöglichkeiten.

Die Zusammenfassung der Kommission und die ganze des Berichtes bürgen dafür, daß seine Verfasser frei von politischen oder gar parteipolitischen Tendenzen sind. Mein oberstes Ziel ist es, die Giftpassivität, die die Giftpassivität, Gebrauch im nächsten Kriege unbeschränkt möglich sein in die furchtbarsten Wirkungen hervorbringen und vor allem gesamte Zivilbevölkerung, Greise, Frauen und Kinder mit das allgemeine Verderben hineinziehen wird. Die Verurteilung geben zu, daß die bisher vorhandenen Schuttmittel völlig unzulänglich sind und daß ihnen bis jetzt klar ist, auf welche Weise ein wirklicher Schutz gegen die Anwendung werden könnte, da es notwendig sein würde, die gesamte Bevölkerung ständig unter Schutzkleidung zu halten, praktisch sowie finanziell völlig undurchführbare Maßnahmen. Der Bericht gibt dann auch offen zu, daß uns als einziger Weg nur die Hoffnung bleibt, daß Mittel gefunden werden, die zum Schutz der Zivilbevölkerung ausreichen werden. Jedem Falle betont er die Notwendigkeit, weitestehende Maßnahmen mit den im Kriegsfalle bedrohenden Gefahren bekannt zu machen.

Der Bund der Kriegsdienstgelehrten (Geschäftsstelle: Berlin, C. 54, Gipsstr. 16) verbreitet jetzt eine deutsche Übersetzung des Berichtes, die für 15 Pf. portofrei bezogen werden kann.

Professor Lönies über die Arbeitszeitfrage.

Der ausgezeichnete deutsche Soziologe und Sozialpolitiker Professor Lönies äußert sich in der „Sozialistischen Monatshefte“ über die Arbeitszeitfrage in Deutschland. Er sagt: „Ich halte den Beweis, daß der Achtstundentag aufgebracht werden müsse, und zumal den, daß es in unserem weiteren Maße, als es bisher schon (in der Verordnungsform) ist, notwendig sei, nicht für erbracht. Ja, ich halte es noch weitergehend und verallgemeinert wiederherstellung der Verhältnisse ansehnlich der physischen und der psychischen Verfassung unserer Arbeiterklasse für außerordentlich wichtig, zumal in Verbindung mit dem zunehmenden politischen Druck, der von den politischen Parteien, die den Interessen der Unternehmer zu dienen für ihre Aufgabe halten, auf die Organisation derer geübt wird, die mehr als jene unter dem ohnehin ihre Schuld verlängerten Weltkrieg gelitten haben.“

„Gleich nun ohne Zweifel unter sonst gleichen Umständen die Mehrerhöhung des Kapitals, die Nachfrage nach Arbeitskraft auf ihrer Preis erhöht, so steht doch der Arbeiter mehr als die günstige Seite die darin enthaltene Verklärung der Macht des Kapitals, zumal bei dessen zunehmender Konzentration. Diese Verklärung haben — auf dem Wege der freien Wirtschaft, bei in der Hauptsache allein offen steht — die Arbeiter nur ein Macht entgegenzustellen, die Macht, die sie als organisierte vereinigte Konsumenten zu entfalten vermögen, wenn sie bei dafür erforderliche Einsicht und Willenskraft ins Gefecht führen und es darf allerdings erwartet werden, daß diese um so mehr wachsen werden, je mehr die tatsächliche Bedrängnis darauf auf ein Rettungsmittel hinweisen wird; obgleich andererseits gerade das verminderte Einkommen diese eigene Kapitalbildung durch die Arbeiter minder leicht und unwahrscheinlich macht. Not ist eine große Lehrmeisterin, Not überwindet Not.“

Die Einführung einer „Sozialsteuer“.

Die Notwendigkeit der Vereinheitlichung der Sozialversicherung wird in letzter Zeit besonders stark betont. Der Kernpunkt der Schwierigkeiten für eine großartig ausgearbeitete vereinheitlichte Sozialversicherung liegt in der Beschaffung der Mittel. Zur Lösung dieses Problems entwirft Professor Dr. Stier-Somlo in der „Deutschen Krankenliste“ einen ziemlich verwinkelten Plan. Auf je mehr Schultern — führt Professor Dr. Stier-Somlo aus — die Lasten der Sozialversicherung verteilt werden, desto größer die Wirtschaftlichkeit, daß sie getragen werden können und daß mehr kostenträgende Körper auch mehr aufbringen werden. Natürlich ist die Leistungsfähigkeit gesteigert, wenn das ganze deutsche Volk in der Form einer „Sozialsteuer“ mit abgestufter Höhe an der Durchführung der Fürsorge teilnimmt. Professor Stier-Somlo verwirft trotzdem den Gedanken einer solchen Sozialsteuer, weil dazu große Summen in Frage ständen, die den Widerstand sehr weiter Kreise hervorrufen würden. Er beabsichtigt, durch die Aufstellung einer Dreiquellenlehre die Hindernisse zu beseitigen. Die erste Gruppe, von der die Lasten der sozialen Angelegenheiten zu tragen werden müssen, seien Reich und Staat. Als zweite Gruppe käme eine Organisation der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände in Betracht, in der auch die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Fabrikanten, Kaufleute, Gewerbetreibende, von einer bestimmten Einkommensstufe an, aber auch Erbsen, Kartelle und Schenkungen eingeschlossen würden. Die

für das Recht und für den Gedanken der sozialen Gerechtigkeit ohne irgendwelche schwachen Konzeptionen an Mächtige.

Ist das nicht derselbe Gegenstand, der da heute im proletarischen Leben vorhanden ist? Der Gegensatz zwischen Privileg und Kampfbereitschaft, wie er in der freien und christlichen Gewerkschaftsbewegung zum Ausdruck kommt? Und heute: dort Rastieren mit der wirtschaftlichen Macht; hier klarer ausgedrückter Kampf um unbegrenztes Recht. Und heute: dort Verbrämen dieses halben Kampfes mit der religiösen Überlieferung; hier, frei von theoretischem Religionszwang, ganzer Kampf als Tat gewordene Religion der Kraft, weil nur für das Recht dem tiefsten Ausdruck wahren Fühlens und Sehnsühtes bedeutet.

Vor 400 Jahren lautete Münzer die proletarische Geschichte ein. Vor 400 Jahren vertrat er mit seiner Bewegung den Gedanken, der uns beseitigt. Und wenn er vor 400 Jahren im traurigen Anblick einer verlorenen Welt der Tod durch den Hensler stark: aus jenem ersten Werden kristallisierte sich in den Jahrhunderten das, was da in den letzten 75 Jahren als freie Gewerkschaftsbewegung zu nie geahnter Kraft emporwuchs, weil das Proletariat, durch die steigende soziale Verelendung angereizt, in dem unbegrenzten Kampfschlussschlus den Weg zum Siege erkannt hat.

Nach Münzer mußte vom Werte der Organisation, doch hatte er nur eine kleine Bruderschaft, die ihm ergeben war. Die Massen, die zu ihm standen, waren noch Gaufen. Es fehlte ihnen die organisatorische Disziplin, die organisatorische Macht, der organisatorische Wille. Es fehlte ihnen noch das Bewußtsein der Klasse. Es fehlte ihnen auch noch die soziale und kulturelle Schulung, die die Befreiung der Klasse zugleich zur Umbildung der Gesellschaft zu machen imstande war.

Welche Entwicklung das Proletariat seit jener weltgeschichtlichen Stunde genommen, zeigt uns dieser Gegensatz zwischen den unbedingten kämpfenden Gaufen in jener Zeit und der zielbewussten gewerkschaftlichen Kampfschlussschlus von heute. In diesem Sinne vorwärts zu schreiten führt zum Siege. Klassenbewußtsein, Disziplin, wirtschaftliche wie kulturelle Erkenntnis und unbegrenzter organisatorischer Aufwandskraft; ferner, Gewerkschaftskampf in der geschichtlichen Größe, wie er von den freien Gewerkschaften geführt wird; und das Proletariat erfüllt die Geschichte, die Münzer und seine Bauern begonnen haben.

Dr. Gustav Hoffmann.

Trakte, Kartelle und Syndikate, die große volkswirtschaftliche Gefahren gegenüber der Volksgemeinschaft in sich schließen, müssen mit erhöhten sozialen Verpflichtungen belastet werden. Die dritte Gruppe sollte aus den einzelnen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebildet werden, diese Gruppe wäre aber lediglich für den Fall der unzureichenden Leistungsfähigkeit der ersten beiden Gruppen heranzuziehen. Für die Arbeitnehmer — berichtet Professor Eiler-Somlo — sei sein Vorschlag sehr günstig, denn in der ersten Gruppe seien sie nur mit einem bescheidenen Steuerbeitrag beteiligt, in der zweiten Gruppe würden sie nur durch die Gewerkschaften herangezogen, die nach der eigenständigen Auffassung des Herrn Professors ihr Geld lieber der Volksgesundheit als ausschließlichen Streiks zur Verfügung stellen würden, in der dritten Gruppe hätten sie nur im äußersten Falle und nicht erheblich zu zahlen. Welche Veränderungen würde die Verwirklichung des Planes auf dem Gebiet der Selbstverwaltung nach sich ziehen? Die Antwort: Möglichste Zentralisation der Aufbringung aller erforderlichen Mittel für alle Zwecke der Sozialversicherung und der sozialen Fürsorge; möglichste Dezentralisation und weitestgehende Selbstverwaltung bei der Handhabung des Fürsorge- und Sozialversicherungsrechtes. Die sicherlich wohlgemeinte „Dreiquellenlehre“ Eiler-Somlos weist eher auf die Schwierigkeiten einer Lösung des Problems hin, als daß sie eine annehmbare Lösung beschreiben dürfte. Was besonders die Besserung der Gewerkschaften anbelangt, so könnte dies unter dem Vorwand einer Reform der Sozialversicherung zur Schürung der Gewerkschaften führen. Für diesen Zweck würden vielleicht auch Kartelle und Trakte zu größeren sozialen Opfern bereit sein.

Wesentlicher Rückgang der Volkskraft.

Den aufmerksamen Beobachtern ist es nicht entgangen, daß unser Volk die schweren Schäden an seiner Gesundheit, hervorgerufen durch die vierjährigen Entbehrungen des Krieges, die lange Hungerblende und die Aufregungen der Inflationszeit noch nicht überwunden hat. Rückgang der Volksgesundheit ist gleichbedeutend mit Rückgang der Arbeitskraft.

Der verheerende Tiefstand des Volkes in gesundheitlicher Beziehung tritt am deutlichsten in Erscheinung in dem Anwachsen der Krankenziffern und der damit in Verbindung stehenden starken Belastung der Krankenkassen. Aus den Berichten einiger Krankenkassen geht das einwandfrei hervor. Bei der allgemeinen Krankenkasse Dresden hatte die Krankenziffer nach den Ergebnissen der letzten 40 Jahre einen normalen Stand von 2500 bis 3000 Arbeitsunfähigen pro Monat. Die Zahl stieg im Juni 1924 auf 8545, im Juli auf 8583 und betrug zeitweilig sogar 9000 bis 10000. Auch bei der Leipziger Krankenkasse war zeitweilig ein Bestand an Arbeitsunfähigen von 10000 (etwa 4000 über dem Normalstand) zu verzeichnen. Die Arbeitsunfähigkeitszahl der Allgemeinen Krankenkasse Berlin stieg von 5,2 Proz. am 1. Januar 1924 auf 6,59 Proz. am 1. Juli 1924. Das ist in einem halben Jahre eine Steigerung von 26,7 Proz. Auch in der Krankenkasse Heilbronn erhöhte sich der Krankenstand von etwa 450 auf 1000. Aus diesen Zahlen ist zu ersehen, welche ungeheuren gesundheitlichen Schädigungen die vergangenen Jahre für unser Volk hatten. Welche Schichten des Volkes leiden heute an Erkrankungen, die vor dem Kriege in der erwerbstätigen Bevölkerung weniger bekannt waren als heute, wie Erkrankungen der Verdauungsorgane, des Nervensystems usw.

Bergegenwärtigt man sich die von nur einigen Rassen herangegangenen Zahlen Arbeitsunfähiger, die bei allen Krankenkassen in demselben Maße gestiegen sein dürften, so erkennt man, welche ungeheure Masse von Volksgenossen wegen Krankheit für längere oder kürzere Zeit dem Arbeitsprozeß entzogen werden. Dieser Rückgang der Volksgesundheit ist natürlich von außerordentlicher Bedeutung für die Volkswirtschaft. Neben diesen Arbeitsunfähigen hat jede Krankenkasse dauernd einen recht erheblichen Prozentsatz Kranke, die nicht erwerbsunfähig sind, aber doch infolge von gesundheitlichen Störungen in ärztlicher Behandlung sich befinden und in ihrer Arbeitsleistung ihres Leidens wegen beschränkt sind.

Ist schon der Gesundheitszustand der Erwachsenen gegenüber der Vorkriegszeit ein sehr schlechter geworden, so wirken die gesundheitlichen Verhältnisse der heranwachsenden Jugend geradezu beorgnisserregend. Die Folgen der Entbehrungen und der schlechten Ernährungsverhältnisse der Jahre 1916 bis 1923 beginnen sich in ihren Folgen erst jetzt bei den Kindern bemerkbar zu machen. Nach von der Regierung eingereichten Berichten sind 50 Proz. der deutschen Kinder skrophulös. Weiter zeigen etwa 40 Proz., teilweise 50 bis 60 Proz., an einzelnen Industriestädten sogar bis 90 Proz. der Schulkinder deutliche Zeichen der Unterernährung. Bereits müssen alljährlich 10 Prozent aller zur Schulaufnahme gelangenden Kinder (6 bis 7 Jahre alt) wegen Unterernährung, Blutmangel und dadurch bedingter Körperchwäche, vom Schulunterricht zurückgestellt werden. Die Jahresberichte der Gesundheitsämter und der Schulärzte reden eine erschütternde Sprache. Sie zeigen, daß es allerhöchste Zeit ist, einzugreifen, wenn nicht unabsehbare Folgen für die allgemeine Volksgesundheit eintreten sollen. Denn die Verschlechterung des Gesundheitszustandes unserer Jugend zeigt sich nicht allein in den ärmeren Volksschichten, sondern ganz allgemein in allen Kreisen der Bevölkerung. Besonders zeigt auch die Zahl der Tuberkuloseerkrankungen eine rapide Zunahme. Nach einer Denkschrift des preussischen Wohlfahrtsministeriums hat die ruhende Infektion mit Tuberkulosebakterien um 15 Proz. zugenommen. Allein 50 Proz. aller Großstadtkinder sollen mit Tuberkulosebakterien infiziert sein. Nach der gleichen Denkschrift zeigt sich die Zunahme der Tuberkulose besonders an den schulpflichtigen Kindern. Während 1913 von 1000 Schulkindern 8,3 Proz. an Tuberkulose erkrankten, waren es im Jahre 1922 bereits 30 Proz. Die Erkrankungen haben sich also fast verdreifacht.

Darin liegt natürlich eine noch nicht zu übersehende Gefahr für den Bestand des Volkes. Können, dürfen die Preise des arbeitenden Volkes, können sich die Frauen und Mütter diesen zum Rückgang der Volkskraft führenden Verhältnissen gegenüber gleichgültig, teilnahmslos verhalten? Wie vielen Müttern hat sich das Herz zusammengekrampft, wenn sie sahen, daß ihre Kinder dahinsiechten, weil es ihnen an der notwendigen Nahrung fehlte, wenn sie in schlechten engen Wohnungen aufwachsen mußten? Und das alles, obwohl die Mutter von früh bis spät mitarbeitete, um es ihren Kindern an nichts fehlen zu lassen. Wie haben die Mütter, deren Kinder ins Ausland geschickt wurden, ihre Lieblinge frisch und wohlgenährt zurückkehren sehen, und waren doch nicht imstande, sie weiter in guter gesundheitlicher Verfassung zu erhalten. Den Nachwuchs des Volkes gesund zu erhalten, ist eine Staatsnotwendigkeit, die zu erfüllen Pflicht der Allgemeinheit ist. „Kinder“ ist das stärkste Kapital des Staates. Dieses Kapital wird nur dann reiche Früchte tragen, wenn der Staat endlich die Pflicht übernimmt, wachsam zu sein, die eine Aufzucht gesunden Nachwuchses gewährleisten. Das kann nicht allein durch sportliche Betätigung, so notwendig sie auch für die Entwicklung des Nachwuchses ist, geschehen. Dazu gehört auch eine zweckmäßige Ernährung, die den Eltern bei den heutigen Wohnverhältnissen nicht möglich ist. Dazu gehören Wohnungen, die Luft, Licht und Sonne haben. Dazu zu beschaffen ist Pflicht des Staates, dessen Existenz von der gesundheitlichen Beschaffenheit des Nachwuchses abhängt. An diese Pflicht muß der Staat immer wieder durch die Mütter des Volkes erinnert werden. Die Jugend ist die Zukunft des Volkes! Aus der Jugend erwachsen auch die Arbeitskräfte der Zukunft. Darum verdienen

die Worte aus einem gewerbehygienischen Vortragskursus allgemeine Beachtung. „Arbeit und Gesundheit sind Zwillingsschwester, die nur innig miteinander verbunden wirken können, aber nur durch Pflege und Schutz der menschlichen Arbeitskräfte werden diese Höchstleistungen für das Ganze vollbringen können.“

Deshalb Pflege und zweckmäßige Ernährung den heranwachsenden Arbeitskräften. Weitestgehenden Schutz der vorhandenen, durch menschenwürdige Entlohnung, entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit und Beseitigung der schädlichen Einwirkungen des Arbeitsprozesses auf die Gesundheit der arbeitenden Menschen. Diese Forderungen durchzusetzen, müssen alle Kräfte mobil gemacht werden.

Ferienveranstaltungen für die Arbeiterschaft.

Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit veranstaltet in diesem Jahre wiederum eine Reihe von Ferienveranstaltungen, die wir der Arbeiterschaft zur besonderen Beachtung empfehlen. In schön gelegenen Orten, im Gebirge oder an der See, finden unter Leitung hervorragender sozialistischer Wissenschaftler Ferienkurse statt, die in anregender Form Gelegenheit zur geistigen Vertiefung bieten. Verbunden mit diesen Kursen sind Ausflüge und gefällige Zusammenkünfte, die der Pflege des sozialistischen Gemeinschaftslebens dienen. Neben den Kursen sind ferner eine Reihe sozialer Studienreisen im In- und Ausland unter fachkundiger Führung vorgesehen. Bei den Reisen ins Ausland werden Sprachkenntnisse nicht verlangt. Die Kosten für die Veranstaltungen sind bei bester Verpflegung und Unterbringung so niedrig als möglich gehalten. Bei der Aufnahmestelle der Veranstaltungen ist auf alle Ansprüche Rücksicht genommen worden.

1. Ferienkurse: Prof. Anna Siemsen: „Sozialismus und Erziehung“, vom 15.—20. Juni, im Fürstentum Auerbach im Odenwald (Vertragsk.). Redakteur Stein: „Der Sozialismus in Vergangenheit und Gegenwart“, vom 22.—27. Juni, Jügendburg, Hohenstein in der Sächsischen Schweiz. Joseph Eiler-Somlo: „Arbeiterbildung und Arbeiterbewegung“, vom 22.—27. Juni, Kurhaus Bad Godesberg. Prof. Leo Kestenberg: „Sozialismus und Kunst“, vom 29. Juni bis 4. Juli, Eilenburg, Hotel „Gute Quelle“. Regierungsrat R. Wolpert: „Die Lebenswelt des Industriearbeiters“, vom 29. Juni bis 4. Juli, Burg Alena im Sauerland (Westfalen), Engelbert Graf-Stuttgart: „Moderne Probleme des Sozialismus“, vom 29. Juni bis 4. Juli, Hannover-Münden (Weferbergel). Joseph Eiler-Somlo: „Arbeiterbildung und Arbeiterbewegung“, vom 27. Juli bis 1. August, Freiburg i. B. (Baden). Dr. Karl Renner-Wien: „Staat und Sozialismus“, vom 2.—8. August, Landesjugendheim in Gismar an der Elbe (Hollstein). Regierungsrat R. Wolpert: „Die Lebenswelt des Industriearbeiters“, vom 17.—22. August, Wittenburg i. Harz. Prof. Dr. E. R. Mölling: „Einführung in die Politik“, vom 7.—12. September, Soltan in der Emsburger Heide. Dr. Heller-Leipzig: „Einführung in die Politik“, vom 7.—12. September, Wille auf der Insel Hiddensee (Meckl.).

2. Ferienreisen ins Ausland: Nach England (Mottorham, London, Oxford) vom 31. Juli bis 8. August. Nordlandreise (Kopenhagen, Oslo, Bergen, Besuch der norwegischen Fjorde, Ruderfahrt zur See nach Hamburg) vom 27. Juni bis 9. Juli. Nach Dänemark (København, Kopenhagen, Helsingør) vom 9.—17. August. Nach der Schweiz (Aarau, Luzern, Bern, Baslersee, Bern) vom 26. Juli bis 4. August. Prag-Wien (Salzburg, Berchtesgaden) vom 16.—25. August.

3. Reisen im Inland: Rheinreise (Köln, Koblenz, Mülheim, Mainz, Frankfurt a. M.) vom 14.—20. Juni. Samtgau-Schwarzalpe vom 2.—8. August. Harz vom 23.—29. August. Städtefahrt (München, Nürnberg, Weidenburg) vom 23.—29. August. Riesengebirge vom 31. August bis 5. September.

Ein ausführliches Programm über die Veranstaltungen wird durch den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit (M. Weimann), Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, unentgeltlich abgegeben. Dorthin sind auch alle Anmeldungen für die Veranstaltungen zu richten.

Soziales.

Arbeitsverluste durch Krankheit. Für das Halbjahr 1923 stellt der Oberarzt der englischen Krankenversicherung Sir George Kennemann fest, daß in diesem Jahre nicht weniger als 20,5 Millionen Arbeitswochen durch Krankheit und zeitweilige Arbeitsunfähigkeit der Arbeiter und Arbeiterinnen verloren gingen. Die Statistik erstreckt sich nur auf die versicherten Arbeitnehmer und berücksichtigt die ersten drei Tage der Krankheit und Arbeitsunfähigkeit nicht. Der erwähnte Arbeitsverlust entspricht der Jahresarbeit von 594 230 Personen. Im Jahre 1922 gingen in England durch Streiks und Unruhen ungefähr halb soviel Arbeitstage verloren, als Arbeitswochen infolge von Krankheiten. Das Land könnte ohne Verlust 50 Millionen Pfund oder, zu 5 Prozent kapitalisiert, eine Milliarde Pfund jährlich für die Verbesserungen des Wohnungswesens und der gesundheitlichen Verhältnisse ausgeben, wenn dadurch die Verluste durch Krankheit um ein Drittel vermindert werden könnten. Menschenökonomie ist die beste Sparmaßnahme.

Rund 1200 Tuberkulosefürsorgestellen bestehen zurzeit in Preußen, in Städten wie in Landkreisen. Davon wurden allein im Jahre 1923 gegründet 117. Nach Möglichkeit sind die Einrichtungen von Seiten des Staates unterstützt worden. Es bestehen zurzeit mit staatlicher Unterstützung in Preußen 114 Heilstätten, 18 Gemeindegemeinschaften, 7 Militärversorgungskrankenhäuser, 226 Tuberkuloseabteilungen an Krankenhäusern, sowie Einrichtungen für Invalidenpflege, Tuberkulose, 62 Kinderheilstätten für Lungen-, Knochen- und Gelenktuberkulose, 137 Anstalten für Tuberkulosebedrohte, Skrophulose und erholungsbedürftige Kinder, 93 Walberholungsstätten und 13 Waldschulen.

Geburtenziffer in Stadt und Land. In Deutschland ist seit 1920 die Geburtenziffer ständig gesunken und dadurch der Geburtenüberschuß stetig vermindert worden. Dr. Möhle vom Reichsgesundheitsamt weist darauf hin, daß die Geburtenziffer auf dem Lande zwar auch gesunken ist, doch lange nicht in dem Maße wie in der Stadt. 1921 betrug der Geburtenüberschuß für das ganze Deutsche Reich bei 1000 Einwohnern 11,3, 1922: 8,5, 1923: 7,1, während er noch im Jahre 1913 sich auf 12,4 belief. In den Städten sind die entsprechenden Zahlen 8,1, 5,0 und 3,5; auf dem Lande 13,6, 11,9 und 9,6. Trotz einer natürlichen Bevölkerungsabnahme von rund 1,9 Millionen in den Jahren 1920 bis 1922 hat die Bevölkerungszahl des Reichsgebietes bis zum Jahre 1922 ständig abgenommen, was sich durch nachträgliche Aushebungen auf Grund des Versailler Vertrages erklärt, dazu kommen die Wanderungsverluste. Denn im Jahre 1923 ging ein Viertel des Geburtenüberschusses durch überflüssige Aushebungen verloren. Den Unterschied in der Geburtenabnahme in Stadt und Land findet Dr. Möhle darin, daß Stadt und Land von der Katastrophe verschieden betroffen wurden. Die zunächst von deren wirtschaftlichen Folgen betroffene Stadtbevölkerung suchte ihr Heil in einer bisher beispiellosen Geburtenbeschränkung, und zwar nicht nur die Bürger, sondern vielleicht noch mehr die Arbeiter, um den eingeschränkten Nahrungsmittelverbrauch zu erweitern und der Ueber-

füllung der beschränkten Wohnung vorzubeugen, während die Geburtenziffer der von der Katastrophe weniger betroffenen Landbevölkerung bis zum Jahre 1923 noch fortgesetzt in die Höhe ging. Mit der Geburtenabnahme in den Städten steht in Zusammenhang die ungeheure Zunahme der vorzeitigen Entbindungen, die vielfach die Zahl der rechtmäßigen Entbindungen übertreffen. Der Unterschied zwischen der Geburtenziffer in Stadt und Land erreichte in den letzten Jahren eine bisher noch nicht gekannte Größe. Er steigerte sich in den Jahren 1922 und 1923 noch weiter, in denen auch die Geburtenziffer auf dem Lande zu sinken begann. Die Geburtenüberschüsse der Länder für das Jahr 1923 mit 9,5 kann im Vergleich mit früheren Jahren und mit der Ziffer anderer europäischer Länder, z. B. Frankreich mit 2,4 im Jahre 1923, noch immer als hoch bezeichnet werden. Es liegt daher kein Grund vor, pessimistisch in die Zukunft zu sehen und an der Wiedererstarungskraft des deutschen Volkes zu zweifeln.

Gewerkschaftliches.

Die christlichen Gewerkschaften und das Internationale Arbeitsamt. Auf der kürzlich in Baden-Baden abgehaltenen Vorstandssitzung des Internationalen Christlichen Gewerkschaftsbundes wurde u. a. eine Resolution betr. die Stellung der christlichen Gewerkschaftsbewegung gegenüber der Internationalen Organisation der Arbeit angenommen, in der auf die Notwendigkeit der Berücksichtigung der Interessen der Arbeiter in den verschiedenen Ländern hingewiesen und gesagt wird, daß die internationale christliche Gewerkschaftsbewegung das Werk der Internationalen Organisation der Arbeit allzeit unterstützt habe und deshalb „mit allem Nachdruck verfolge, daß bei der Aufeinanderstellung des Verwaltungsrates, der Kommissionen und des Personals des Internationalen Arbeitsamtes der christlichen Gewerkschaftsbewegung ein Platz eingeräumt werde“.

Dazu bemerkt der Internationale Gewerkschaftsbund, daß die Internationale Organisation der Arbeit unseres Wissens die Rechte der Arbeiter immer anerkannt und gewahrt hat. Was den letzten Satz betrifft, so muß auf Teil 13 des Friedensvertrages hingewiesen werden, in welchem gesagt wird, daß in der Internationalen Organisation der Arbeit neben den Repräsentanten der repräsentativsten Organisationen der Arbeiter und Unternehmer vertreten sein müssen. Wenn also im Verwaltungsrat kein Vertreter der christlichen Gewerkschaften ist, so gehören sie eben nicht zu den „repräsentativsten Organisationen“.

Der Stand der österreichischen Gewerkschaften. Einem soeben erschienenen Bericht der Zentralstelle der österreichischen Gewerkschaften über deren Tätigkeit im Jahre 1924 ist zu entnehmen, daß die freien Gewerkschaften Österreichs 637 376 Mitglieder umfassen. Diese Mitglieder werden errechnet, indem die Gesamtzahl der geleisteten Beiträge auf 52 Wochen aufgeteilt wird. Am Vergleich zum Vorjahr ist die Ziffer der Mitglieder um 26 739 zurückgegangen, was auf die Wirtschaftskrise und die große Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist. Der genaue Mitgliederstand der Gewerkschaften wird in Kürze veröffentlicht werden. Die Gesamteinnahmen der österreichischen Gewerkschaftskommission beliefen sich im Jahre 1924 einschließlich des Salbes des Vorjahres auf 140 728,50 Sch., denen Ausgaben von 142 794,82 Sch. gegenüberstehen. Ein Stammsfonds für außerordentliche Zwecke wird vertraulich verwaltet. Die Zentralstelle der Gewerkschaften erhält von jedem eingetragenen Gewerkschaftsbeitrag einen Groschen. Das Blatt der Zentralstelle „Arbeit und Wirtschaft“ erscheint in einer Auflage von 15 000 Exemplaren und wird von den Betriebsräten besonders bezahlt.

Genossenschaftliches.

Die Verbraucher und die Ueberfüllung des Handels. In den Mitteilungen der Handelskammer zu Lübeck schreibt der Direktor des Statistischen Landesamtes, Herr Dr. Hartwig, über die Ueberfüllung im Lübecker Handel:

Die Bevölkerung wuchs in den letzten elf Jahren nur wenig, und ihre Kaufkraft hat bekanntlich so erheblich, daß unsere Einwohnerzahl trotz geringerer Kaufkraft zweifelslos im Jahre 1914 kaufkräftiger war, als sie es heute ist. Die Zahl der Handel betreibenden Personen und Geschäfte aber nahm erheblich zu, und so muß heute eine größere Zahl von Händen in einen kleiner gewordenen Umsatz teilen.

Das ist eine Erscheinung, die sich in ganz Deutschland bemerkbar gemacht hat und an der wohl niemand Freude haben kann. Der Kaufmannsstand spürt in schwerer Zeit eine verheerendste Konkurrenz; 1914 kamen hier auf eine eingetragene Firma 103 Einwohner, Anfang 1925 waren es nur noch 69, d. h. ein gutes Drittel weniger. Und dem Publikum hat dieser Konkurrenzkampf auch keinen Vorteil gebracht. Die Preise sind nicht gefallen, sondern gestiegen, und die übermäßige Vermehrung der am Warenhandel beteiligten Personen, die alle ihr Auskommen haben wollen und müssen, hat dazu sicher sein, wenn auch wohl nur beschreibendes Teil beigetragen.

Wir haben also eine durchaus ungesunde Entwicklung unserer Wirtschaft vor uns, und eine Besserung kann nur dadurch kommen, daß die Wirtschaft ihre überflüssigen und schädlich wirkenden Elemente wieder ausstößt. Dieser Reinigungsprozeß ist auch bei uns in Lübeck im Gange.

Die Verbraucher können zu der gerade in ihrem Interesse so dringend notwendigen Reinigung durch Anschluß an die Konsumgenossenschaften am meisten beitragen. Sie haben es ganz in der Hand, ob sie weiter unnötige Lasten schleppen wollen.

Die Porzellanindustrie Österreichs.

Das heutige Österreich bildet bekanntlich ein Torso eines selbständigen Staatswesens. Der wirtschaftliche Reichtum der ehemaligen Doppelmonarchie floss den sechs übrigen Entlassenenstaaten zu, die das Erbe des alten Österreich antraten. Der Löwenanteil der industriellen Kapazität ging in die Tschechoslowakei über. In diesem Lande konzentriert sich auch die Porzellanindustrie der alten Monarchie.

Von einer selbständigen Porzellanindustrie konnte in dem neuen Österreich nicht gesprochen werden. Das Zusammenleben einer solchen wird aber neben anderen durch den hohen Kohlenpreis erschwert. Die gesamten Kohlenvorräte des alten Österreich fielen bis auf einen kleinen Rest minderwertiger Braunkohle den übrigen Entlassenenstaaten, vor allem Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei zu. Wenn ein Land sämtliche Kohlen einführen muß, so erschwert dieser Umstand namentlich das Aufkommen solcher Industrien, die ein Großkonsument von Kohlen sind. Trotzdem wurde 1919 in Frauental (Steiermark) eine Porzellanfabrik errichtet, deren Produktionsbasis hauptsächlich Leuchtgasisolatoren sind. In geringem Maße wird auch starkes Gebrauchsgeschirr hergestellt. Eine weitere Gründung wurde von einem Inflationsgewinnler, mit Namen Braun-Stammfest in Wolfsthal vorgenommen, die 125 Arbeiter beschäftigt. Nüchternes ging man dazu über, die stillgelegte ehemals kaiserliche Porzellanmanufaktur Luggarten in Wien wieder in Betrieb zu setzen. Dort wird Luxus- und Gebrauchsporzellan hergestellt. An der Vervollkommenung dieses Betriebes wird augenblicklich eifrig gearbeitet.

Wenn man so ein launisches Gewächse einer Porzellanindustrie in Deutschland feststellen kann, so darf aber nicht vergessen werden, daß eine Veredelungsindustrie schon seit Jahrzehnten besteht, die in der Welt einen ziemlich Ruf genießt. Das aus Deutschland, namentlich Bayern und der Tschechoslowakei eingeführte Porzellan wird hauptsächlich in Wien bemalt und zu Bierware verarbeitet. Oesterreichische Porzellanfirmen lassen nach eigenen Modellen in vorgezeichneten Ländern Waren herstellen, die dann in eigenen Werkstätten und Fabriken veredelt und gebrauchsfähig gemacht werden. So hat sich eine starke Veredelungsindustrie entwickelt, deren Umfang auch in den Einfuhrziffern zum Ausdruck kommt. Die Einfuhr von Porzellan nach Oesterreich betrug in den Jahren

(In Maggons)	1922	1923	1924
Porzellan	103	150	370
Tafel- und Gebrauchsgegenstände	—	140	264

Die Einfuhr war demgegenüber nur gering und betrug nur je 12 Maggons in den beiden letzten Jahren. Zur Einfuhr kam nur Porzellan. Von dem zur Porzellanindustrie benötigten Rohmaterial muß Kaolin aus Tschechien, Schafen und Baden eingeführt werden, während Quarz und Feldspat im Lande selbst vorhanden ist. Als Konkurrenzland kommt das kleine Oesterreich vorläufig für Porzellan regulärer Qualität nicht in Frage, jedoch ist es nicht ausgeschlossen, daß bei weiterer Inlandsproduktion der eigene Bedarf zum großen Teil gedeckt werden kann.

Vermischtes.

Kortez Lehrgeld. Wie die „Textilarbeiter-Zeitung“ mitteilt, schrieb ein Unorganisierte an die Verbandsleitung am 21. folgenden Brief:

„Nach, 21. Oktober 1921. Wenn ich mehr Lohn brauche, so bin ich immer noch der Mann, mit der Firma selbst zu verhandeln. Was müßt mich der Verband? Nichts! Zu was dient der Verband? Zu nichts! Und was ist er? Nichts! Trete also nicht in den Verband ein.“

Dito Huber, Nach.

Einige Wochen später wurde dieser Huber von seinem Arbeitgeber mit Ohrfeigen und Prütteln bedient. Huber hat deshalb seine Stelle aufgegeben und hat vor dem Gewerbegericht auf Entschädigung geklagt. Seine Klage ist abgewiesen. Jetzt hat der Huber auch wieder den Weg zum Verband gefunden. Dürfte er dem Rufe im Oktober Folge gegeben, wäre ihm das teure Lehrgeld erspart geblieben, weil die Gewerkschaften ihre Mitglieder gegen solche Brutalitäten zu schützen wissen.

Von der Keramikindustrie.

Die A.-G. Porzellanfabrik Weiden, Gebrüder Bauscher, hat von dem Palmerhaus-Hotel in Chicago, welches etwa 3000 Zimmer und entsprechende Restaurationenräume hat und wohl zur Zeit als das größte Hotel angesehen werden kann, die Porzellanlieferung erhalten. Der Auftrag ist der deutschen Firma trotz größter Konkurrenz amerikanischer und nichtamerikanischer Firmen erteilt worden.

Aus unserem Verne.

Hornberg. Die Lohnstreitigkeiten der Vieher und Viehweiden sind beendet.

Die Zahlstellenverwaltung.

Mannheim. Die Kollegen, welche bei der Rheinischen Porzellanfabrik G. m. b. H., Mannheim-Rätershof, in Arbeit treten wollen, werden ersucht, sich bei der Verwaltung über die Verhältnisse zu erkundigen, um sich vor Schaben zu bewahren.

Versammlungsberichte.

Altenau. Die Zahlstellenversammlung vom 15. 4. und die Betriebsrätekonferenz vom 19. 4., in der alle zur Zahlstelle Altenau u. Umg. gehörigen Betriebe vertreten waren, befaßte sich unter anderem auch mit dem letzten Lohnabkommen. Es wurde allerseits festgestellt, daß unsere heutigen Löhne den heutigen Lebenshaltungskosten absolut nicht angepasst sind. Das letzte Lohnabkommen mit seinen 3/4 Proz. Lohnzuschlag ist in seiner Auswirkung geradezu ein Hohn. Die Versammelten sind der Meinung, daß sich ein solches Lohnabkommen zum zweitenmal die Arbeiterschaft auf keinen Fall gefallen lassen kann. Sie stellen weiter fest, daß die Porzellanarbeiter lieber auf der Straße in freier frischer Luft, als in den von Tuberkulosebakterien verpesteten Arbeitsräumen verhungern wollen. Die heutigen Löhne sind Hungerlöhne im wahren Sinne des Wortes, wurde doch auch festgestellt, daß unser Lohnabkommen von 22 verschiedenen Abkommen das zweischlechtesten ist. Die Versammelten erkennen an, daß sich unsere Verhandlungskommission die größte Mühe gegeben hat, ein für die Arbeiterschaft halbwegs befriedigendes Abkommen zu schaffen; leider scheiterten alle Vorschläge an der Starrköpfigkeit der Unternehmervertreter. Es wurde ferner darauf hingewiesen, daß die Reichsverbandlichkeitserklärung von der Arbeiterschaft als ein Schlag ins Gesicht empfunden wurde. Die Altenauer Porzellanarbeiter steht auf dem Standpunkt, daß, wenn die Arbeitgeber sich nicht bald eines Besseren belehren lassen, sie die Folgen und Auswirkung ihrer Handlungsweisen selbst zuzuschreiben haben. So wie bis jetzt kann es auf keinen Fall weitergehen. Die Arbeiterschaft verlangt, daß das nächste Lohnabkommen endlich einmal den heutigen Verhältnissen angepasst wird, um der Arbeiterschaft eine nur halbwegs anständige Lebenshaltung zu sichern. Es ist dies auch in gesundheitslicher Hinsicht dringend geboten, denn die Porzellanarbeiter steht zu den Kranken- und Invaliden, wie einem jeden bekannt sein dürfte, einen recht hohen Prozentsatz. Es ist ein Skandal, daß man die Arbeiter in solch unzureichender Beschäftigung so ganz ungenügend zu entlohnen mag. Unternehmer, seid gewarnt!

Literarisches.

Die Aprilnummer des „Kulturwillen“, der monatlich erscheinenden Bildungszeitung des Arbeiter-Bildungsinstitutes Leipzig, das die gemeinsame Leipziger Bildungs- und Kulturfreien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei veröffentlicht, ist erschienen und der Arbeiterbewegung gewidmet. Sie enthält Artikel über Bedeutung, Wesen und Geschichte der Jugendbewegung, ist wieder hervorragend illustriert und mit Zeichnungen ausgestattet. Sie kostet mit ihren Beilagen: Buchwert und Arbeiterkulturbildung nur 20 Pf. (16 Seiten Quart). Zu bestellen durch die Parteibuchhandlungen oder beim Verlag direkt durch Postkarte: Arbeiter-Bildungsinstitut Leipzig, Brunnstraße 17. Die Mainnummer wird 20 Seiten stark, dem Mai- und Juniheft gewidmet sein und viele Bilder bringen. Sie eignet sich vorzüglich als Reisezeitung. An Organisationen großer Absatz!

Natur und Liebe. Zeitschrift zur Begründung, Verbreitung und Vertiefung der Religion des Sozialismus. Herausgegeben von Dr. Ernst Hoffmann. Jahrgang 6, Nr. 1. Inhalt: Natur. Kaffees weltanschauliche Bedeutung. Religion der Kraft. Die Arbeiter oder Revolutionäre? Dogma und Freiheit.

Sagung des „Bundes: Religion des Sozialismus“. Preis für drei Hefen 60 Pf. Verlag für sozialistische Lebenskultur, Hannover, Jordanstr. 1.

Waldburg und Umgegend.

Da aus dem Adressenverzeichnis bei der Zahlstelle Waldburg und Umgegend nicht hervorgeht, welche früheren Zahlstellen mit Waldburg verschmolzen sind, sei an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen, daß die Zahlstellen Stanowitz, Schneiditz, Königsdorf, Nieder-Salabrunn, Altwasser, Waldburg und Sopphienau jetzt eine gemeinsame Zahlstelle bilden.

Da Kollegen bei Erkundigungen über die Verhältnisse in diesen Zahlstellen die betreffenden Orte im Adressenverzeichnis nicht finden, wird ihnen die Möglichkeit der Erkundigung genommen. Wir weisen deshalb nochmals darauf hin, daß alle Kollegen, die in den oben genannten Orten in Arbeit treten wollen, sich zuvor im Büro der Gesamtzahlstelle in Waldburg, Altmstr. 17b, Auskunft einholen haben.

Die Zahlstellenverwaltung.

Aufruf!

Unser Kollege Johann Matthes ist nun schon fast ein Jahr krank und vollständig erwerbsunfähig. Aus allen Kreisen angestregt, ist seine Lage eine äußerst unangenehme. Die Zahlstelle Thiersheim hat ihn schon nach Kräften unterstützt. Wir bitten deshalb die Kollegen im Reich, ein Scherlein beizutragen zu wollen. Gelerne bitten wir zu senden an den Kassierer Lorenz Kluge, Thiersheim, S. Nr. 182, Oberfranken. Quittung erfolgt in der „Ameise“.

Unsere Mitglieder Richard Thomas und Emma Stellenberg sind seit langem krank, arbeitsunfähig, aus allen Kreisen angestregt. Die Zahlstelle hat schon von sich aus alles getan, die Kollegen zu lindern. Wir bitten die Kollegen, ein Scherlein beizutragen.

Franz Baorzelski, Kassierer, Spandau, Jägerstr. 41.

Die beiden Kollegen Nikolaus Eberth und Franz Boll sind bereits über 2 Jahre krank und aus allen Kreisen angestregt. Unsere Zahlstelle, die unter großer Arbeitslosigkeit seit langer Zeit schon zu leiden hat, hat bereits ihr Möglichstes getan, um die Not dieser beiden Kollegen zu lindern. Wir

Männliche Arbeiter

aller Berufe

die gewillt sind, sich gegen Not in Krankheitsfällen zu versichern, können in die

Meißner Zuschußkasse

eintreten.

Die Meißner Zuschußkasse, 1873 gegründet, ist eine der ältesten Kassen Deutschlands dieser Art. Sie untersteht dem Reichsaufsichtsrat für Privatversicherung. Krankengeld wird von ihr, je nach der Dauer der Mitgliedschaft, bis zu einem Jahr gezahlt.

Der wöchentliche Beitrag beträgt gegenwärtig in den einzelnen Klassen 30 Pf., 40 Pf., 50 Pf. bzw. 70 Pf.

Au wöchentlichem Krankengeld wird gezahlt: 5,10 Mk. in der I. Klasse, 6,90 Mk. in der II. Klasse, 8,40 Mk. in der III. Klasse und 12,— Mk. in der IV. Klasse.

Beim Ableben eines Mitgliedes erhalten dessen Hinterbliebene ein Sterbegeld bis zu 105,— Mk., je nach der Dauer der Mitgliedschaft und der Klassenzugehörigkeit.

Die Kasse zählt gegenwärtig rund 50 000 Mitglieder in gegen 650 Verwaltungstellen.

Die Meißner Zuschußkasse unterhält keine Agenten; sie wird vielmehr von ihren Mitgliedern selbst verwaltet. Sind mindestens 20 Mitglieder an einem Orte vorhanden, so kann eine örtliche Verwaltungstelle errichtet werden. Solange die Mitgliederzahl an einem Orte die 20 noch nicht erreicht hat, unterstützen die vorhandenen Mitglieder direkt der Hauptverwaltung.

Zu näherer Auskunft ist die Hauptverwaltung der Meißner Zuschußkasse in Meissen (Sachsen), Martinstr. 5, jederzeit gern bereit.

Geschäfts-Anzeigen.

Offiziere hierdurch für Porzellan- und Steingutfabriken, gegen ein Zahlungsziel von 1 bis 3 Monaten: flache glatte, fahmannisch bearbeitete prima Zymocca-Dreherhöhlungen, per 100 Stück 45, 75, 100 u. 125 R.-M.; größere u. mittlere volle prima Zymocca-Dreherhöhlungen, das Stk 80 bis 150 R.-M.; feinste größere u. mittlere prima Zymocca-Dreherhöhlungen; prima Zymocca-Dreherhöhlungen; kleine flache und glatte prima Zymocca-Dreherhöhlungen, per 100 Stück 20, 30 und 40 R.-M.; feinstgroße weiche prima Zymocca-Dreherhöhlungen (auch für Druckerei und Glasur geeignet), das Stk 75 bis 100 R.-M. Auf Wunsch auch Anfertigungen, von welchen nicht konvenierende Positionen innerhalb 1 Woche zurücknehmen. S. Miesbach, Schwammgroßhandlung, Berlin C. 25, Prenzlauerstr. 42.

Zur Beachtung!

Man immer erhalten wir Nachrichten unter der früheren Adresse Otto Seifert. Da uns hierdurch Schwierigkeiten beim Postamt entstehen, bitten wir unsere verehrten Kunden, uns nur Post unter der Schrift Otto & Hellmut Seifert zuzusenden.

Otto & Hellmut Seifert
Gold- und Silber-Schmiedehandlung - Zwickau i. Sa.
Hof- u. Hof-Schmiedehandlung - Zwickau i. Sa.

Arbeitsmarkt.

Tüchtiger Zeller- und Schüsselbrecher, auf Habel oder Platten, 30 Jahre alt, verheiratet, wünscht seine Stellung zu verändern. Angebote unter Chiffre „S. 76“ an die „Ameise“ erbeten.

Der Hans Brenner, die Frau Stahl u. Hans Braderer, suchen Dauerstellung, wenn möglich mit einer Zweizimmerwohnung. Offerten unter „S. 78a“ an die „Ameise“.

Bitten deshalb die Kollegen im Reich, durch Spenden die beiden Kollegen etwas milbern zu helfen. Aufwendungen sind zu richten an Ernst Dalibor, Coburg, „Vollshaus“, Zubenstraße 5.

Die Verwaltung der Zahlstelle Coburg.

Quittung.

Für den kranken Kollegen Eberhard gingen von den Zahlstellen folgende Beträge ein: Arzberg, Spandau, Klose, Weilsdorf, Kahl 10,—; Martfeld 4,—; Blane, Hennigsdorf, Tiefenfurt, Annaburg, Berlin-Charlottenburg, Teltow, Oberkopen, Stablengsfeld, Margarethenhöhe, Elmshorn, Vorkamm 1,—; Thiersheim, Witterich, Meuselwitz, Waldburg, Suhl, Burgau, Hauenstein 2,— Mk. Summa: 71,— Mk.

Im Namen des Kollegen Hugo Eberhard und der Zahlstelle Wankenheim allen Spendern herzlichsten Dank. Die Sammlung ist geschlossen.

S. M. Joh. Schwarzer, Kassierer, Wankenheim.

† Sterbetafel †

Gräfenthal. Ernst Kowol, Brennhausarbeiter, geb. am 3. 12. 1853, gest. am 11. 4. 1925 an Lungentuberkulose. Organisiert seit 1919.

Königsfeld. Wilhelm Ester, Lagerarbeiter, geb. am 29. 7. 1849, gest. am 15. 4. 1925. Organisiert seit 1919.

Neuhabsleben. Friedrich Wienbeck, Lagerhalter, geb. am 17. 2. 1859, gest. am 20. 4. 1925 an Leberkrebs. Organisiert seit 1919.

Hauenstein. Carl Müller, Maler, geboren am 20. 1. 1855, gestorben infolge Krebts. Organisiert seit 1919.

Neuhaus. Johann Puhn, Porzellanarbeiter, geb. am 29. 10. 1872, gest. am 2. an Asthma. Organisiert seit 1919.

Schönwald. Albin Greim, Brennhausarbeiter, geboren am 1. 3. 1892, freiwillig aus dem Leben geschieden. Organisiert seit 1921.

Weiden. Johann Demleitner, Brennhausarbeiter, geb. am 28. 2. 1899, gest. am 13. 4. 1925 an Lungenerkrankung. Organisiert seit 1922.

Reil. Augustin Armbruster, Dreher, geb. am 21. 10. 1866, gest. am 1. 4. 1925 an Lungenschwindsucht. Organisiert seit 1919.

Ehre ihrem Andenken!

Verheirateter gelernter Kapselbrecher, welcher firm in ovalen und viereckigen Kapseln ist und das Aufstellen versteht, sucht sofort Stellung. Wohnung erwünscht. Schriftl. Angebote unter „S. 77“ an die „Ameise“ erbeten.

Nach Frankfurt a. M. gesucht zu möglichst sofortigem Eintritt junger, unverheirateter

Porzellanmaler

für Hotelgeschäfte. Flotter, sauberer Arbeiter im Farb- und im Weiden. Angebote mit Angabe von Referenzen und Lohnansprüchen unter Chiffre „160“ an die „Ameise“ erbeten.

Zum sofortigen Antritt

bei besonderer Lohnvergütung suchen wir einen geübten jüngeren, ledigen

Schleifer

Angebote an (161 a) Friedrich Eger & Söhne Porzellanfabriken Großbreitenbach i. Thür.

Wir suchen zum sofortigen Antritt 2 tüchtige

Maler

(Spezialist für Blauband- und Kaltmalt, gute Gold-Staffage und Wandmalerei).

2 perfekte

Stahlbruderinnen

Porzellanfabrik Thomas & Co. A.-G. (162) Sophienthal-Bayreuth.

Alle goldhaltigen Rückstände werden angekauft und das Gramm Feingold mit 2,75 Pf. bezahlt. Eingehende Sendungen werden auf das prompteste erledigt. (165)

Martin Kaufmann Zwickau i. Sa., Werdastr. 25.

1—2 tüchtige

Ueberformer

für Salats usw. mit getrommeltem Blatt werden sofort eingestellt. Ledige Bewerber, die in besseren Gebrauchsgeschäften gearbeitet haben, bevorzugt. Angebote unter „157b“ an die „Ameise“.

Jünger, lediger

Geschirrdreher

für Schalen und Teller, für sofort gesucht. Offerten unter „164“ an die „Ameise“.

Einige tüchtige

Unterglasurmaler

stellen ein (168)

C. & E. Carstens Magdeburg.

Mehrere Gleßer

Dreher

für Flach- und Hohlgeschirre.

Maler

für Wand und Stempel.

Buntbruderinnen

werden noch eingestellt. Angebote mit Angabe bisheriger Tätigkeit an

(169) Zwickauer Porzellanfabrik Zwickau.

Tüchtiger

Formengießer

der in besseren Gebrauchsgeschirrfabriken gearbeitet hat, wird sofort eingestellt. Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit erbeten unter Chiffre „159b“ an die „Ameise“.

Dankagung.

Allen meinen lieben Mitarbeitern, welche mir bei der Krankheit und der Beerdigung meines Kindes so hilfreich zur Seite standen, auf diesem Wege herzlichen Dank. Wilh. Kollon und Frau Sorau. (169)

Herausgegeben vom 2. Band der Porzellan- und verpöndeten Arbeiter und Arbeiterinnen. — Red.: Edwin Kenninger, Charlottenburg I, Brahestr. 2—5. — Verlag: W. H. Herben, Charlottenburg I, Brahestr. 2—5. Druck: G. Sanisawski, Berlin SO., Elisabethufer 28/29.